

Großbritannien

Umstrittene Exporte

Premierministerin Theresa May gerät wegen Rüstungsexporten nach Saudi-Arabien in Bedrängnis. Zwei Ausschüsse des britischen Unterhauses forderten, die Waffendeals deutlich einzuschränken. Andererseits profitiert Großbritannien entscheidend von Erkenntnissen des saudischen Geheimdienstes, auf die es nicht verzichten möchte. May zufolge konnten durch Hinweise der Saudi-Araber schon Anschläge mit Hunderten möglicher Opfer verhindert werden. Das Problem liegt im Jemen, wo Saudi-Arabien mit westlicher Waffenhilfe einen brutalen, aber weithin erfolglosen Krieg gegen die Huthi-Milizen führt, bei dem bereits Tausende Zivilisten ums Leben kamen. Die USA haben nun angekündigt, keine Präzisionswaffen mehr nach Saudi-Arabien zu liefern. Auch in der britischen Regierung keimt Ärger gegen den Verbündeten in Riad. „Der Frust über das, was die Saudis im Jemen machen, wird größer“, sagt Verteidigungsexperte Malcolm Chalmers vom Royal United Services Institute, einem regierungsnahen Thinktank. Im Süden der Arabischen Halbinsel wird die Lage der Zivilbevölkerung, die von der Versorgung mit Nahrungsmitteln und Medikamenten teilweise abgeschnitten ist, immer kritischer. Laut Unicef ist im Jemen fast eine halbe Million Kinder lebensbedrohlich unterernährt. cx



Satellitenbild der Militäranlagen auf einer Spratly-Insel

China

„Trump sollte in die Geschichtsbücher schauen“

Yue Gang, 53, Oberst a. D. im Generalstab der Volksbefreiungsarmee, über Chinas Aufrüstung im Südchinesischen Meer

SPIEGEL: Diese Woche kam heraus, dass Peking Flugabwehrraketen und weiteres Kriegsgesetz auf den umstrittenen Spratly-Inseln stationiert hat. Wozu brauchen Sie diese Waffen?

Yue: Die Stationierung ist rechtens, weil es um unser

Territorium geht, und sie ist auch vernünftig, weil diese Inseln 1300 Kilometer vom Festland entfernt sind – dafür braucht ein Kampfjet eine Stunde Flugzeit.

SPIEGEL: Das Seegebiet um die Spratlys wird aber auch von Nachbarstaaten Chinas beansprucht.

Yue: Vietnam, Malaysia und die Philippinen haben dort illegal Inseln besetzt und militarisiert. Vietnam ist bis an die Zähne bewaffnet. In einem solchen Umfeld ist es notwendig, dass China Waffen zur Verteidigung stationiert.

SPIEGEL: Der zukünftige US-Präsident Donald Trump wirft China vor, im Südchinesischen Meer eine „Festung“ zu errichten.

Yue: Trump ist Geschäftsmann. Vielleicht sollte ihm einmal jemand eine Landkarte bringen. Außerdem sollte er in die Geschichtsbücher schauen, um zu lernen, wie diese Inseln vor langer Zeit chinesisches Territorium wurden. Er sollte sich nicht aufführen wie ein Weltpolitist.

SPIEGEL: Präsident Xi Jinping hatte Barack Obama zugesagt, gerade diese Inselgruppe nicht zu militarisieren. Warum tut er es nun trotzdem?

Yue: Wenn Sie diese angemessene Zahl von Waffen auf unserem Gebiet „Militarisierung“ nennen – wie nennen Sie es dann, wenn die USA auf den Philippinen Militärbasen errichten und regelmäßig Angriffswaffen in anderen Ländern stationieren? Wer militarisiert hier diese Region?

SPIEGEL: Warum legt sich China mit den Philippinen an – ausgerechnet jetzt, wo Ihre Beziehungen zu Manila besser sind denn je?

Yue: Die Philippinen sind nicht das einzige Land, das Territorialstreitigkeiten mit China hat. Die größte Bedrohung geht derzeit von Vietnam aus. Ja, Manila hat angekündigt, seine Manöver mit den USA einzuschränken. Bislang haben wir davon aber noch nicht viel gesehen. bza

Pakistan

Chefspion mit Familienanschluss

Mit der Berufung Generals Naveed Mukhtar an die Spitze des Geheimdienstes Inter-Services Intelligence (ISI) setzt Premierminister Nawaz Sharif auf eine Verbesserung der notorisch angespannten Beziehungen zwischen Regierung und Militär. Denn der neue Chefspion gehört zur

Familie: Er ist der Neffe des Schwiegervaters von Sharifs Enkelin und damit zwar ein



Mukhtar

eher entfernter Verwandter, aber Pakistans Clans halten eng zusammen. Der Sohn einer wohlhabenden Familie in Lahore diente bereits als Antiterrorchef des ISI in Islamabad; zuletzt ging er in der Hafenstadt Karatschi gegen politische Bandenkriege vor. Auch Sharifs Wahl des neuen Armeechefs, des Generals Qamar Javed Bajwa, sorgte in der Militärführung für Verwunderung. Bajwa galt kei-

neswegs als aussichtsreichster Kandidat für den Posten, seine Berufung hat weitreichende Umstrukturierungen im Armeeapparat zur Folge. Sharif scheint mit den beiden Personalien seine eigene Position stärken zu wollen. Der Regierungschef war zuletzt nach Veröffentlichung der Panama Papers unter Druck geraten. Seitdem steht seine Familie unter Korruptionsverdacht. suk